

Bundesbeschluss über eine Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Frankreich

vom 12. März 1998

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 8 der Bundesverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 10. September 1997¹,
beschliesst:

Art. 1

¹ Das am 22. Juli 1997 unterzeichnete Zusatzabkommen zur Änderung des Abkommens vom 9. September 1966 und 3. Dezember 1969² zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zum Schlussprotokoll des Abkommens vom 31. Dezember 1953³ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Erbschaftssteuern wird genehmigt.

² Der Bundesrat wird ermächtigt, das Abkommen zu ratifizieren.

Art. 2

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Staatsvertragsreferendum.

Ständerat, 4. Dezember 1997

Der Präsident: Zimmerli

Der Sekretär: Lanz

Nationalrat, 12. März 1998

Der Präsident: Leuenberger

Der Protokollführer: Anliker

9252

¹ BBl 1997 IV 1141

² SR 0.672.934.91

³ SR 0.672.934.92